

EU-Umweltausschuss entscheidet im Sinne der Imker

Wachtberg, 28.11.2013: Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hat sich gestern mit den Vorschlägen der EU-Kommission bezüglich der Überarbeitung der EU-Honigrichtlinie befasst. In der Abstimmung hat eine knappe Mehrheit der Abgeordneten gegen die Vorschläge der Kommission gestimmt und damit die Interessen der Imker, der Bienen und den Verbraucherschutz in den Vordergrund gestellt.

Nach dem sog. Honigurteil, das der Europäische Gerichtshof 2011 gefällt hatte, muss Honig, der gentechnisch veränderten Pollen enthält, gekennzeichnet werden. Daraufhin hatte die Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Honigrichtlinie dahingehend vorgelegt, dass das Vorkommen von gentechnisch verändertem Pollen im Honig nicht gekennzeichnet werden muss.

Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA, erklärte: "Weil die EU-Mitgliedstaaten Honig aus Ländern importieren, der aus gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt wird, und auch bereits in Spanien und Rumänien der Anbau von GVO-Mais zugelassen wurde, wird in den Regalen unserer Geschäfte vermehrt Honig mit GVO-Pollen auftauchen. Die europäischen Imker werden durch Importe aus Drittländern vermehrt unter Druck gesetzt. Daher brauchen sie Unterstützung, um ihre auf Qualität und Reinheit basierenden Produkte weiter herstellen zu können." Ebenfalls federführend mitverhandelt hatte die neue, imkerfreundliche Linie Europas - der mittelfränkische CSU-Europaabgeordnete und neue Umweltpolitische Sprecher der CSU-Europagruppe, Martin Kastler. Dieser sagte: "Der Einsatz hat sich gelohnt. Es kann schlicht nicht sein, dass EU-Vorgaben die wertvolle Arbeit unserer heimischen Imker bedrohen, nur um irgendwelche WTO-Wünsche zu erfüllen. Nicht mit mir." Letztlich, so der Abgeordnete, "kam es auf jede einzelne Stimme an."

Die Kommission ist nun aufgefordert, dementsprechende Vorschläge vorzulegen.

Auch der Deutsche Imkerbund e. V. begrüßt die Entscheidung des EU-Umweltausschusses, da das vorliegende Abstimmungsergebnis genau der Forderung der Imkerverbände entspricht, die diese erst vor einigen Wochen in ihrem „Forderungskatalog Imkerei für die Koalitionsgespräche der Parteien (CDU/CSU-SPD)“ erneut formuliert hatten.

Kontakt: Petra Friedrich, E-Mail: dib.presse@t-online.de, Tel. 0228/9329218 o. 0163/2732547